



Die Vorsitzende des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und
Sicherheit

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de

Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiter: Herr Baldus

E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 29.02.2024

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit

am Dienstag, 5. März 2024, um 17:00 Uhr,

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Vorstellung der Stadträtin Koohestanian
3. 24-A-78-0001

Aktueller Bericht der LSBT*IQ Koordinierungsstelle

4. **23-F-78-0012**

Aktueller Bericht aus der Feuerwehr

5. **24-F-69-0018**

Erneuerung des Gerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr Biebrich

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 28.02.2024 -

Die Freiwillige Feuerwehr Biebrich sollte im letzten Jahr ein neues Mittleres Löschfahrzeug erhalten. Jedoch passen aufgrund eines Facelifts des Fahrgestells durch den Hersteller mittlere Löschfahrzeuge nicht mehr durch die Einfahrtstore des Gerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr Biebrich. Löschfahrzeuge nach dem aktuellen Stand der Technik können demnach nicht mehr untergestellt werden.

Gerade durch das Gefahrenpotenzial, welches sich durch die verschiedensten Industrieanlagen, Betriebe und der Bevölkerungsdichte im größten Stadtteil Wiesbadens ergeben, ist es für die Landeshauptstadt Wiesbaden notwendig, die Gefahrenabwehr zu erneuern und in die Leistungsfähigkeit des abwehrenden Brandschutzes der Freiwilligen Feuerwehr Biebrich zu investieren.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, wie die Landeshauptstadt Wiesbaden mit dieser Problematik umgeht.
 - a. Wurden bereits Möglichkeiten geprüft, die Einfahrtstore des Gerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr zu erneuern, damit zukünftig moderne Löschfahrzeuge in dem Gerätehaus untergebracht werden können? Falls ja, welche Möglichkeiten wurden geprüft und welche Ergebnisse konnten dabei erzielt werden?
 - b. Welche Kosten würden für den Umbau der Einfahrtstore des Gerätehauses anfallen?
2. die Mittel für den Umbau der Einfahrtstore des Gerätehauses der Freiwilligen Feuerwehr Biebrich im nächsten Haushalt einzuplanen.

6. **24-F-63-0014**

Gewalt in der Geburtshilfe

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.02.2024 -

Ein Kind zu bekommen gehört für viele Eltern zur schönsten Erfahrung im Leben. Sie sollte geprägt sein von dem Vertrauen, während Schwangerschaft, Geburt und der Zeit danach sicher und gut betreut zu werden. Aufgrund von Personalmangel im Bereich der Krankenpflege, vor allem auch bei den Hebammen, kommt es aber leider immer wieder zu Situationen, in denen Gebärende bei der Geburt Gewalt erfahren. Gewalt in der Geburtshilfe kommt vor.

Diese kann sowohl auf körperlicher, als auch auf psychischer Ebene passieren. Zur körperlichen Gewalt zählen Eingriffe, die explizit nicht mit der Gebärenden abgesprochen werden - oder die (hinterher) nicht erläutert werden. Zum Beispiel ein Dammschnitt, ein Kaiserschnitt, Injektionen, das Fixieren der werdenden Mutter, das Nähen ohne Betäubung, oder auch: nicht essen oder trinken dürfen.

Zur psychischen Gewalt zählen unter anderem das Nicht Ernst nehmen, allein lassen, anschreien, die mütterliche Eignung in Frage stellen, herablassende Kommentare oder

Vermitteln von Zeitdruck. Seit 2011 wird durch die Aktion „Roses Revolution“ auf das Thema Missachtung und Gewalt in der Geburtshilfe bzw. Gewalt während der Geburt aufmerksam gemacht. Wieso kommt es überhaupt zu Grenzüberschreitungen?

Ein Problem ist der bereits erwähnte Hebammenmangel: Dass eine Hebamme überlastet und mit zu vielen Gebärenden gleichzeitig befasst ist, scheint symptomatisch für die deutsche Geburtshilfe. Der Deutsche Hebammenverband sieht daher vor allem strukturelle Gründe als Ursache für Gewalt. So kann zum Beispiel die Betreuung durch eine Beleghebamme, die die Schwangere schon vor der Geburt kennt und dann auch bei der Geburt bei sich hat, der Frau einen vertrauten Rahmen geben. Insgesamt ist eine ausreichende Ausstattung der Krankenhäuser mit Hebammen eine wichtige Voraussetzung für eine selbstbestimmte, gewaltfreie Geburt.

Der Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen:
Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wo gibt es Beratungsstellen für Mütter nach einer traumatischen Geburt (psychologische Unterstützung) in Wiesbaden?
2. Die Möglichkeit, diese psychologische Unterstützung auf der Webseite der LHW unter der Kategorie (Unterstützung bei Schwangerschaft und Geburt) aufzuführen, z.B. unter Verweis auf das Angebot des Frauengesundheitszentrums Sirona oder des Hilfetelefon des Vereins Mother Hood
3. Wie viele Belegverträge unterhalten die Kliniken in Wiesbaden mit Begleit-Beleghebammen aktuell? Gibt es außerhalb der Belegbettenregelung Wege, eigene Hebammen zur Geburt in eine Klinik mitzubringen? Wie ist die aktuelle Versorgung?

7. 24-F-15-0010

Militärische Anforderungen an die Landeshauptstadt Wiesbaden

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 27.02.2024 -

Der Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius hat im September 2023 erklärt, dass Deutschland "kriegstüchtig" werden müsse. Dies beinhaltet automatisch auch eine entsprechende Vorhaltung von Infrastruktur, Material und Truppen.

Im Rahmen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine wurde immer wieder die Notwendigkeit eines Katastrophenschutzes betont. Dieser umfasst auch militärische oder militärnahe Einrichtungen wie z. B. Bunkeranlagen, aber auch die Verstärkung der Truppen durch die Reaktivierung von Reservisten oder die militärische Ausbildung von ungedienten Kräften zur Sicherung der Infrastruktur.

Der Ausschuss Frauen, Gleichstellung und Sicherheit möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. Ob die Bundeswehr bisher auf die Landeshauptstadt zugekommen ist, bzgl. notwendiger Maßnahmen oder Einrichtungen, welche für den Krisenfall benötigt werden. Wenn ja, um welche Art von Anfragen handelt es sich.
2. Ob die Planungen für die noch bestehenden Bunkeranlagen sich geändert haben bzw. ob es weitere bzw. geänderte Planungen zu den Bunkeranlagen gibt.
3. Ob die Landeshauptstadt Wiesbaden als Arbeitgeber seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu aufruft, sich, egal ob als Reservist oder Ungediente, zur Aufstellung des

Heimatschutzregiments 5 freiwillig zu melden. Wenn nein, ist so etwas geplant bzw. warum wird dies nicht durchgeführt?

8. **Verschiedenes**

Tagesordnung II

1. **22-V-40-0006** **DL 07/24-1, 13/22-13**
Kostenfreie Menstruationsprodukte an weiterführenden Schulen in Wiesbaden

2. **24-V-37-0002** **DL 08/24-4**
Anpassung der Feuerwehrsatzung der Landeshauptstadt Wiesbaden

3. **24-V-02-0001**
Troncmittel für den Bereich Frauen

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Coigné
Vorsitzende